

Liebe Anwesende, ob jung oder alt, Frau oder Mann, mit oder ohne Handicap, in Neustadt aufgewachsen, zugezogen oder heute aus einer anderen Kommune hierhergekommen: danke, dass Sie alle da sind und wir gemeinsam ein Zeichen für Vielfalt, Toleranz und Demokratie setzen.

Der 23. Mai 1949 ist die Geburtsstunde der Bundesrepublik Deutschland.

Vor bald 75 Jahren wurde damals in Bonn das Grundgesetz verkündet, unsere Verfassung.

Seinerzeit zog der Parlamentarische Rat bewusst die Lehren aus der vorhergehenden NS-Diktatur und sagte „Nie wieder“.

Wurden doch von 1933-1945 über sechs Millionen Menschen aufgrund ihrer Herkunft,

einer Krankheit oder Behinderung, ihres Glaubens, ihrer sexuellen Orientierung oder ihres Kampfes gegen die Diktatur in den Konzentrationslagern des nationalsozialistischen Deutschlands ermordet.

Unvorstellbar und dennoch gerade einmal achtzig Jahre her.

Eine dunkle Zeit, ohne Vielfalt, Toleranz und Demokratie.

Hildegard Hamm-Brücher, der großen Liberalen, ist zuzustimmen, wenn sie einst sagte, dass die Demokratie ohne Erinnerung nicht zu retten sei.

Hier auf diesem Platz steht seit 2021 die „Bank der Erinnerung“, die uns an die über achtzig

ermordeten jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger aus Neustadt und Momberg erinnert.

Es kommt auf uns an, dass wir ihre Sprache verstehen, denn auch diese Bank sagt uns „Nie wieder“.

Artikel 1 unseres Grundgesetzes ist als Mahnung und Auftrag zu verstehen – damals, heute und zukünftig.

Dort heißt es: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

Worte, die sich an uns alle richten – auch in Neustadt, Momberg, Mengersberg und Speckswinkel.

„Nie wieder“ war 1949 und „Nie wieder“ ist jetzt!

Am Beginn des Grundgesetzes heißt es bewusst, „die Würde des Menschen“, nicht „die Würde der Menschen“.

Jeder einzelne ist gemeint – Vielfalt und Toleranz.

2024 können wir also ein großes Jubiläum feiern, 75 Jahre Bundesrepublik.

Aber werden wir dies unbeschwert und fröhlich tun?

Ich glaube es nicht.

Nicht nur die Welt ist vielfach in Unruhe geraten, sondern auch Deutschland.

Über Jahrzehnte hinweg wäre doch keiner von uns jemals auf die Idee gekommen, dass man sich

einmal ernsthaft um unsere Demokratie sorgen müsse.

Heute ist dies anders.

Wer hätte noch vor zwei oder drei Jahren gedacht, dass nun weit über eine Million Menschen in hunderten Städten und Gemeinden unseres Landes auf die Straße geht, um deutlich zu machen: Wir sind mehr! Wir stehen ganz klar zur Demokratie in Deutschland und damit eben auch für Vielfalt und Toleranz.

Vielen Menschen, auch in unserer kleinen Stadt, wird in diesen Tagen bewusst, dass Demokratie und Freiheit doch nicht selbstverständlich sind, sondern dass man immer wieder dafür eintreten muss, so wie wir es heute tun.

Hierfür danke ich Ihnen allen und natürlich den  
Veranstaltern dieser Kundgebung.

Wir erleben aktuell einen Populismus und eine  
Aggressivität, die sich zum Teil bis zum Hass  
steigern - gegen unseren Staat, unsere  
Gesellschaft, unsere politisch Verantwortlichen  
und unsere Werte, aber eben auch gegen  
einzelne Menschen und Gruppen.

Wenn heute in Deutschland Menschen wieder  
wegen Herkunft, Glaube oder Behinderung  
diskriminiert werden, dann dürfen wir nicht  
schweigen. Dann müssen wir dem  
entgegentreten, denn „Nie wieder ist jetzt“.

Populisten versprechen einfache Lösungen, die es aber nicht gibt.

Demokraten hingegen suchen immer nach Lösungen für Probleme, aber nicht Schuldige oder gar Sündenböcke.

In diesen Wochen gehen unterschiedliche Gruppen auf die Straße und demonstrieren für ihre Interessen.

Das ist Meinungsfreiheit. Auch ein Grundrecht, dass es zu verteidigen gilt.

Unterschiedliche Meinungen, unterschiedliche Bewertungen politischer Systeme, auch

unterschiedliche Positionen etwa zur Migrations- und Asylpolitik sind Teil unserer Demokratie.

In einer Demokratie hat eben nicht nur einer Recht.

Daher kann ich auch jene verstehen, die – auch in Neustadt - sachlich die aktuelle Flüchtlingspolitik in Deutschland hinterfragen und möglicherweise aufgrund eigener negativer Erfahrungen kritisch beurteilen.

Wie in allen Bereichen ist auch hier Objektivität gefragt. Mit den Fakten muss man sich auseinandersetzen, nicht mit Gerüchten.

Das Recht auf Asyl für politisch Verfolgte ist ebenfalls ein Grundrecht. Hieran darf auch nicht

gerüttelt werden, ist es doch eine Reaktion auf das 3. Reich und die Flucht hunderttausender Menschen aus Deutschland.

Bundespräsident Steinmeier sprach am 3. Oktober letzten Jahres davon, dass wir bei der Flüchtlingsaufnahme die Wirklichkeit der Welt und die Möglichkeiten unseres Landes übereinbringen müssen. Ich denke, er hat damit Recht.

Meine Erwartungshaltung ist, dass sich alle – Einheimische und Migranten – an die Gesetze unseres Landes halten. Gesetze sind Spielregeln des Zusammenlebens, die für alle gelten.

Man kann diskutieren und bei Achtung des Gegenübers auch streiten, aber man darf unser politisches System nicht in Frage stellen, denn das wäre der Anfang vom Ende.

So begann es damals auch in der Weimarer Republik ...

Wer die Demokratie und ihre Prozesse verändern will, dem müssen wir aufgrund der Erfahrungen der NS-Zeit entschieden zurufen „Nie wieder ist jetzt“.

Wir alle sind heute hergekommen, um auch in Neustadt ein Zeichen zu setzen.

Ein Zeichen für Vielfalt, Toleranz und Demokratie.

Dabei darf es aber nicht bleiben.

Wir brauchen Sie auch zukünftig – jeden von Ihnen.

Seien Sie nicht gleichgültig. Machen Sie mit, denn Gleichgültigkeit ist ein Gift.

Unsere Gesellschaft lebt im Kleinen und im Großen davon, dass sich möglichst viele einbringen – mit ihren Ideen und mit ihren Händen.

Beispielsweise bei der Europawahl am 9. Juni sind Sie gefragt.

Populisten sind dann umso stärker, wenn die breite Mitte nicht zu den Urnen geht.

Oder kommen Sie am 18. März ins KuBüZ, wenn wir mit Bundestagspräsidentin Bärbel Bas ebenfalls ein Zeichen für Demokratie setzen wollen.

Aber auch unsere Vereine brauchen Mitmacher.

Können Sie sich Neustadt ohne aktive Vereine vorstellen, ohne Angebote für Jung und Alt?

Ich will dies nicht, deshalb unterstützt die Kommune in vielfältiger Weise das Ehrenamt.

Aber es muss Frauen und Männer, jung oder alt, gebürtig von hier oder zugezogen geben, die bereit sind, sich einzubringen.

Der 1963 ermordete US-Präsident John F. Kennedy hat recht, wenn er einst sagte: „Frage

nicht, was dein Land für dich tun kann, sondern was Du für dein Land tun kannst“.

In Neustadt ist Platz für alle, die hier friedlich zusammenleben wollen.

Nach 1945 kamen die Vertriebenen zu uns, später die sogenannten Gastarbeiter aus der Türkei, Italien oder Spanien, dann die Spätaussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion, aus Polen oder Rumänien.

Sie alle haben einen Platz bei uns, sie sind unsere Nachbarn geworden.

Auch Flüchtlinge, die einen Bleibestatus haben, sind inzwischen hier sesshaft geworden.

Wir haben Platz für alle, die sich zu Demokratie, Vielfalt, Toleranz und unseren Gesetzen bekennen.

Es ist gut, dass in unserer Stadt, in Familien, am Arbeitsplatz oder auch in Vereinen über diese Themen diskutiert wird.

Machen wir aber nicht den Fehler, jene, die nicht auf die Straße gehen, einfach in eine Schublade einzuordnen. Dies wäre zu kurz gegriffen und spaltet. Wir müssen im Gespräch und durch Taten überzeugen und nicht mit dem Zeigefinger.

Lassen Sie von diesem Nachmittag ein Signal ausgehen.

Mitmachen und hinschauen ist gefragt, nicht miesmachen und wegschauen.

Es liegt an jedem von uns, wie es weitergeht – hier in Neustadt, aber auch in unserem Land.